

Liebe Leserinnen und Leser,



mit dieser aktuellen 13. Auflage meines Abgeordnetenbriefes möchte ich Sie und Euch wieder über wichtige Schwerpunkte meiner Arbeit binnen der letzten Monate informieren. Wie in den vorherigen Briefen gibt es wieder Informationen zu meinen Veranstaltungen und Aktivitäten vor Ort, über meine Tätigkeit als finanz- und vertriebenenpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion und über wichtige Themen der Landespolitik.

Mit dem 25. Mai ging ein über einjähriger Wahlmarathon zu Ende. Nach den Landtags- und Bundestagswahlen im Herbst des vergangenen Jahres standen im Frühjahr 2014 sowohl die Kommunalwahlen als auch die Europawahlen an. Erfreulich ist, dass wir bei den Europawahlen einen stolzen Zuwachs von über acht Prozent in Unterfranken zu verzeichnen hatten. Ein Erfolg ist das natürlich auch für den Spitzenkandidaten Martin Schulz und unsere Europaabgeordnete Kerstin Westphal. Sie ist nach dem Wahlergebnis der CSU nun die einzige Abgeordnete für Unterfranken im Europäischen Parlament.

Ich möchte mich auf diesem Wege bei allen Wählerinnen und Wählern, bei allen Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfern, bei allen Fürsprecherinnen und Fürsprechern bedanken, die sich im Laufe dieser langen Wahlkampfzeit engagiert haben. Mein Blick geht aber zugleich nach vorne, weil die wahlkampffreie Zeit bis 2017 umso mehr für inhaltliche Arbeit in der Region und im Bayerischen Landtag genutzt werden soll.

Liebe Leserinnen und Leser, liebe Freundinnen und Freunde, ich wünsche Ihnen und Euch schöne Sommertage 2014 und eine spannende Fußball-Weltmeisterschaft!

Mit herzlichen Grüßen
Ihr und Euer



Volkmar Halbleib, MdL
Abgeordneter für den Landkreis Würzburg, Betreuungsabgeordneter für den Landkreis Kitzingen

Inhaltsübersicht:	Rückblick auf die Wahlen	Seite 2
	Veranstaltungen im Rückblick	Seite 4
	Aktivitäten vor Ort	Seite 7
	Einsatz für die Region	Seite 10
	Meine Aufgaben in München	Seite 12
	Aktuelles aus der Landespolitik	Seite 16
	Neues aus meinem Bürgerbüro	Seite 19

Rückblick auf die Wahlen

Die Bilanz der Kommunalwahlen



Ein starkes Quartett im Kommunalwahlkampf. Die beiden Landtagsabgeordneten Georg Rosenthal (l.) und Volkmar Halbleib (r.) unterstützten den OB-Kandidaten Mughtar Al Ghusain und Landratskandidatin Christine Haupt-Kreutzer. Bild: Rudi Merkl.

Am 25. März fanden in ganz Bayern die Kommunalwahlen statt. Dabei ist die Tatsache wirklich sehr erfreulich, dass die SPD ganz deutlich die Oberbürgermeisterwahlen in München, Nürnberg, Regensburg und Erlangen gewonnen hat - gut gekämpft, jedoch leider knapp verloren hat die Würzburger SPD mit ihrem Kandidaten Mughtar Al Ghusain. Gute und zum Teil auch überraschende Ergebnisse gab es im Landkreis Würzburg zu verzeichnen, denn trotz schwieriger Ausgangslage konnte Landratskandidatin Christine Haupt-Kreutzer ein respektables Ergebnis einfahren und wurde zur stellvertretenden Landrätin gewählt.

Herzlichen Glückwunsch auch den neu- und wiedergewählten SPD-Bürgermeistern in der Region. Es bekleiden als wiedergewählte Kandidaten Stefan Wolfshörndl in Gerbrunn, Volker Faulhaber in Kist, Eva-Maria Linsenbreder in Kleinrinderfeld und Wolfgang Mann in Winterhausen die Ämter des 1. Bürgermeisters bzw. der 1. Bürgermeisterin. Neu gewählt und vereidigt wurden die beiden SPD-Bürgermeister Stefan Hemmerich in Reichenberg und Klaus Schmidt in Waldbüttelbrunn.

Starkes Abschneiden der SPD bei der Europawahl



Ein tolles Wahlergebnis 2014 – Martin Schulz zusammen mit der unterfränkischen Europaabgeordneten Kerstin Westphal auf der Wahlkampfkundgebung zusammen mit dem Nürnberger Oberbürgermeister Ulrich Maly.

Bei der am 25. Mai stattgefundenen Europawahl konnte die SPD deutlich an Stimmen dazu gewinnen, was ebenfalls mehr als erfreulich ist. Nun heißt es, gespannt die nächsten Wochen abzuwarten, denn es gilt nicht nur, einen Kommissionspräsidenten zu wählen und Ämter neu zu vergeben, sondern den bereits tobenden Machtkampf mit den Mitgliedstaaten über die Richtung Europas zu beenden. Die Richtung Europas kann nur eine soziale, demokratische und an den Menschen orientierte sein.

Die Ergebnisse der Europawahl aus unterfränkischer Sicht sind ebenfalls sehr erfreulich, denn wir haben einen Stimmenzuwachs von über 8 Prozent in unserer Region zu verzeichnen. Dies haben wir sicherlich auch zu einem großen Teil dem großartigen Wahlkampf unserer Europakandidatin Kerstin Westphal zu verdanken, die nun für fünf Jahre als einzige unterfränkische Abgeordnete die unterfränkischen Bürgerinnen und Bürger im Europaparlament vertreten darf.

Christine Haupt-Kreutzer wird stellvertretende Landrätin

Nachdem Landratskandidatin Christine Haupt-Kreutzer in den vergangenen sechs Jahren bereits eine hervorragende Arbeit als Kreisrätin geleistet hat, wurde die Margethöchheimerin im November des vergangenen Jahres zur Landratskandidatin nominiert. Im Rahmen der konstituierenden Sitzung des neugewählten Kreistages am 5. Mai konnte sie mit den Stimmen der Grünen sowie von ÖDP, FDP und SPD die neue Kreistagsmehrheit ohne die CSU von sich überzeugen. Damit ist sie in der Geschichte des Landkreises Würzburg die erste unmittelbar gewählte stellvertretende Landrätin der SPD, was die CSU sicherlich auch als Quittung für ihr politisches Taktieren hinnehmen muss.



Die stellvertretende Landrätin Christine Haupt-Kreutzer (l.) zusammen mit Heinz Koch (r.), dem 1. Bürgermeister von Eibelstadt. Bild: Rudi Merkl.

Stabsübergabe von Halbleib auf Wolfshörndl

Nachdem MdL Volkmar Halbleib für über zwölf Jahre das Amt des Vorsitzenden der SPD-Kreistagsfraktion bekleidet hatte, freut er sich sehr, diesen Posten aufgrund seiner zahlreichen Aufgaben in München nun in die kompetenten Hände von Stefan Wolfshörndl, dem 1. Bürgermeister der Gemeinde Gerbrunn, abgeben zu dürfen.

Am 5. Mai hat sich der neue Kreistag im Landkreis Würzburg konstituiert. Da bereits einige Zeit zuvor klar war, dass Landratskandidatin Christine Haupt-Kreutzer eine Stellvertreterin des Landrats werden soll, hat Stefan Wolfshörndl gerne die Aufgabe des Fraktionsvorsitzenden übernommen, um die Landkreispolitik weiterhin aktiv zu gestalten. Trotz der Stabsübergabe an Stefan Wolfshörndl wird MdL Volkmar Halbleib aber weiterhin in der Kreistagspolitik aktiv bleiben.



MdL Volkmar Halbleib (l.) zusammen mit Stefan Wolfshörndl (r.), dem 1. Bürgermeister der Gemeinde Gerbrunn.

Veranstaltungen im Rückblick – Eine Auswahl

Jahresempfang der SPD in der Region

Beim Jahresempfang des Kreisverbandes der SPD in der Rathaushalle Kitzingen am 26. Januar konnte die Oberbürgermeisterkandidatin Astrid Glos neben den vielen Gästen auch zahlreiche Personen aus der Politik, dem sozialen Bereich und der Wirtschaft begrüßen. Auf Einladung von Volkmar Halbleib fungierte der ehemalige Vizepräsident des Bayerischen Landtags, Franz Maget, als Gastredner. Nachdem sich Heinz Galuschka, der Kreisvorsitzende der SPD sowie Gerald Möhrlein, der Kreisvorsitzende der AWO und Astrid Glos bei Franz Maget mit einem Boxbeutelpräsent bedankt hatten, konnten die Besucher des Jahresempfangs bei einem Umtrunk und Gebäck weitere Gespräche führen.



Jahresempfang des Kreisverbandes der SPD in Kitzingen. V.l.: Ralf Hofmann, Franz Maget, Vizepräsident des Landtags a. D., die stv. Kreisvorsitzende Astrid Glos und MdL Volkmar Halbleib.



Jahresempfang in der Erasmus-Neustetter-Halle in Rottendorf. V.l.: Bezirksvorsitzender Frank Hofmann, Parl. Staatssekretär a. D. Walter Kolbow, MdEP Kerstin Westphal, MdB Bernd Rützel, MdL Georg Rosenthal und MdL Volkmar Halbleib.

Am 2. Februar fand der Jahresempfang der SPD aus Würzburg Stadt und Land statt. In diesem Jahr wurde er in der Erasmus-Neustetter-Halle in Rottendorf ausgerichtet. Zu den Hauptrednern des Abends zählten Muchtar Al Ghusain sowie Christine Haupt-Kreutzer. Sehr erfreulich war es, dass zu diesem Anlass 600 Gäste aus der Region begrüßt werden durften. Im Anschluss an den rednerischen Auftakt war es den Gastgebern möglich, bei Wein und Gebäck mit zahlreichen Vertretern von Verbänden und Vereinen ins Gespräch zu kommen, wodurch im Gespräch Informationen und Meinungen ausgetauscht werden konnten.

Besuch von Sigmar Gabriel im Zentrum für Energieforschung am 3. März

Bereits im Februar nahm Volkmar Halbleib zusammen mit dem Bezirksvorstand einen Termin im Bayerischen Zentrum für Angewandte Energieforschung (ZAE Bayern) im Würzburger Stadtteil Hubland wahr. Dort informierte er sich über den Forschungsstandort Unterfranken und den Beitrag des Würzburger Instituts zur Energiewende, denn „Wir benötigen eine stabile Grundfinanzierung von Energieforschung am Standort Würzburg“, so MdL Halbleib.



V.l.: Eberhard Grötsch, Vorsitzender der Würzburg SPD, Abteilungsleiter Dr. Hans-Peter Ebert, MdL Volkmar Halbleib, Vizekanzler und Bundesminister für Wirtschaft und Energie Sigmar Gabriel sowie Prof. Dr. Vladimir Dyakonov, Wissenschaftlicher Leiter des ZAE.

Diese Auffassung vermittelte er auch Parteichef Sigmar Gabriel, Bundesminister für Wirtschaft und Energie. Am 3. März besuchte er das ZAE Bayern gemeinsam mit den Würzburger Sozialdemokraten, um sich ebenfalls vor Ort ein Bild von der Institution zu machen und die ausgezeichnete Arbeit vor Ort kennenzulernen.

Interkommunale Bustour am 7. März

Am 7. März traf sich MdL Volkmar Halbleib mit Mughtar Al Ghusain, Stefan Wolfshörndl, dem Bürgermeister der Nachbargemeinde Gerbrunn, Christine Haupt-Kreutzer und dem Vorsitzenden der Landkreis-SPD, Fabian Liegmann, um am Würzburger Busbahnhof zusammen auf eine interkommunale Informationstour zu gehen. Ziel war es, sich einen Überblick über die Anliegen der beiden Kommunen zu verschaffen. Gemeinsam stieg man in die viel frequentierte Buslinie 14 in Richtung Gerbrunn, um sich von der Stadt-Umland Kooperation auch im öffentlichen Personennahverkehr zu überzeugen und um sich ein Bild davon zu machen, wie die Zusammenarbeit auch über die Themen Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) im Hinblick auf den neuen Stadtteil Hubland sowie die Landesgartenschau verbessert werden kann.



Fahrt mit der Buslinie 14 in Richtung Gerbrunn. V.l.: Stefan Wolfshörndl, Mughtar Al Ghusain, Christine Haupt-Kreutzer und Volkmar Halbleib.

Aktion Rollentausch im Tierpark Sommerhausen am 23. Mai



Auch in diesem Jahr war MdL Volkmar Halbleib wieder im Rahmen der „Aktion Rollentausch“ im Landkreis Würzburg unterwegs, um seinen Politikeralltag gegen den Arbeitstag eines Mitarbeiters in einer sozialen Einrichtung zu tauschen. Dafür besuchte er am 23. Mai für einen Vormittag lang den regional bekannten Tierpark Sommerhausen, der etwa 35 Menschen mit Behinderung in den Arbeitsbereichen Tierpflege, Café und Kiosk einen interessanten und vielfältigen Arbeitsplatz bietet.

Die Einrichtung wird von den Mainfränkischen Werkstätten betrieben und untergliedert sich in die drei Projektbereiche der Haus- und Nutztierpflege sowie die naturpädagogisch ausgerichtete Umweltstation und den Gastronomie-Bereich. So war es dem Landtagsabgeordneten möglich, einen soliden Einblick in die verschiedenen Projektbereiche zu bekommen und die unterschiedlichen Arbeitsweisen innerhalb dieser kennenzulernen. Er durfte auch mit anpacken, wenn es darum ging, den Parkmitarbeitern bei der Versorgung der Tiere zur Hand zu gehen und konnte sich auf diese Weise mit vielen der im Tierpark Beschäftigten austauschen. „Ich war sehr beeindruckt von den tagtäglichen Leistungen der Mitarbeiter“, so der Landtagsabgeordnete.



Aktion Rollentausch in der AWO-Gärtnerei Kitzingen am 6. Juni



Auch im Landkreis Kitzingen tauschte MdL Volkmar die Rollen. So hängte er am 6. Juni kurzerhand Anzug und Krawatte an den Nagel, um für einen Vormittag lang die Mitarbeiter der AWO-Gärtnerei in Kitzingen zu besuchen und ihnen bei der Gurkenernte, bei ihrer Arbeit rund um die Garten- und Anlagenpflege sowie bei weiteren anfallenden Arbeiten rund um die Einrichtung zu helfen.

In der AWO-Gärtnerei finden Menschen mit psychischen Erkrankungen aus dem Raum Kitzingen eine Arbeit. Primär angesprochen werden dabei psychisch erkrankte Menschen, die ihre Leistungsfähigkeit erproben und schrittweise wieder am Arbeitsprozess teilnehmen wollen und können.

Während seines Rollentauschs war es dem SPD-Landtagsabgeordneten möglich, einen umfassenden Einblick in die verschiedenen Projektbereiche und Serviceangebote der AWO-Gärtnerei zu bekommen. Hierzu zählen neben dem Verkauf von Topfpflanzen für Beet und Balkon sowie Biogemüse aus dem eigenen Anbau, die Garten- und Anlagenpflege sowohl innerhalb der Einrichtung wie auch im Außendienst durch zwei beschäftigte Landschaftsgärtner, die Privatgartenpflege in der kompletten Region Unterfranken betreiben.



Während seines Rollentauschs konnte sich Volkmar Halbleib ebenfalls die Zeit nehmen, um angeregte Gespräche mit den Mitarbeitern der AWO-Gärtnerei zu führen und ihren Anliegen Gehör zu schenken.

Aktivitäten vor Ort

"AWO-Laden als Vorzeigeprojekt für Inklusion und Nahversorgung"

Christine Haupt-Kreutzer und MdL Volkmar Halbleib besuchten mit einer Delegation der lokalen SPD das gelungene AWO Integrationsprojekt im Leinacher tegut-Markt. Der Supermarkt wird seit ungefähr einem Jahr unter der Leitung der AWO Unterfranken als sogenanntes Inklusionsunternehmen geführt. Einige der Mitarbeiter leiden unter körperlichen und seelischen Beeinträchtigungen und erhalten dort die wichtige Chance auf eine Beschäftigungsmöglichkeit.



Bei einem Gespräch mit Marktleiter Uwe Lückel, dem Vorsitzenden des AWO Bezirksverbands Unterfranken Stefan Wolfshörndl und Thomas Geuppert, Bereichsleiter Behindertenhilfe/Integration bei der AWO, machten sich die SPD-Vertreter selbst ein Bild von dem erfolgreichen Projekt und würdigten die Wichtigkeit des Marktes für das ganze Dorf. Die AWO möchte diesen nicht nur als Einkaufsmöglichkeit, sondern ebenso als sozialen Treffpunkt im Dorf etablieren, wo auch mal Zeit für ein Pläuschchen ist.

MdL Volkmar Halbleib: „Beim Thema B19 lassen wir nicht locker!“

Bei einem Treffen mit Mitgliedern der Bürgerinitiative in Opferbaum informierte sich MdL Volkmar Halbleib über die neuesten Entwicklungen bezüglich einer wirksamen Verkehrsentslastung der B19 entlang der Gemeinden Unterpleichfeld, Bergtheim, Opferbaum und Eßleben.

Volkmar Halbleib, der den Stein mit seiner Landtagsanfrage Anfang Februar ins Rollen brachte, fordert weiter vehement eine Machbarkeitsstudie seitens der Landesregierung, nachdem diese bereits in der Antwort von Verkehrsminister Herrmann abgelehnt wurde. Auch CSU-Staatsekretär Gerhard Eck hält „eine Umgehung in den nächsten 20 bis 30 Jahren nicht umsetzbar“. Volkmar Halbleib möchte dies so nicht hinnehmen und reagierte mit Unverständnis auf Ecks Aussagen. Aktuell fordert er von der LandkreisCSU, Maßnahmen zu ergreifen und die Beschlüsse des Kreistages endlich auch in die Landespolitik einzubringen sowie die Einrichtung eines Runden Tisches mit allen Beteiligten, um eine Lösung zu erörtern.



MdL Halbleib in Opferbaum. V.l.n.r.: Peter Wagner, 2. Vorsitzender der BI und Ortsbeauftragter Opferbaum, Michael Wild, Beauftragter für Öffentlichkeitsarbeit der BI, Klaus Stuntz, 1. Vorsitzender der BI und Ortsbeauftragter für Unterpleichfeld, MdL Volkmar Halbleib, Jürgen Heinisch, Ortsbeauftragter Eßleben, Walter Stiller, Ortsbeauftragter Bergtheim.

„Landkreis Würzburg soll erster Fairtrade-Kreis in Unterfranken werden!“



Einsatz für Fairtrade: v.r.n.l.: MdL Volkmar Halbleib, die stellv. Landrätin Christine Haupt-Kreutzer und der Vorsitzende der Landkreis-SPD, Fabian Liegmann.

Geht es nach der SPD, soll der Landkreis Würzburg der erste „Fairtrade-Kreis“ Unterfrankens werden, um damit die Nachhaltigkeit und den Eine-Welt-Gedanken bereits auf lokaler Ebene zu fördern. „Wir möchten hier auf Kreisebene gerne eine Vorreiterrolle einnehmen“ erklärt Volkmar Halbleib. Im Rahmen der internationalen Kampagne von TransFair e.V. fördert der Landkreis Würzburg den Fairen Handel auf lokaler Ebene und wird sich um den Titel „Fairtrade-Landkreis“ bewerben. Zu diesem Zweck sollen in möglichst vielen lokalen Einzelhandelsgeschäften gesiegelte Produkte aus Fairem Handel sowie in Cafés und Restaurants Fairtrade-Produkte angeboten werden und in möglichst vielen öffentlichen Einrichtungen, wie Schulen, Vereinen und Kirchen Fairtrade-Produkte verwendet und dort Bildungsaktivitäten zum Thema „Fairer Handel“ durchgeführt werden. Die SPD hat sich das Ziel gesetzt, die Öffentlichkeit bei diesem Thema zu sensibilisieren. Dazu wird das Engagement des Landkreises als Vorbild benötigt.

SPD aus Stadt und Land für den Radwegausbau am 24. Februar vor Ort



SPD aus Stadt und Land für den Radwegausbau vor Ort. V.l.n.r.: Prof. Dr. Ernst Conzelmann, Vorsitzender SPD-Reichenberg, Stefan Hemmerich, Bürgermeisterkandidat in Reichenberg, Christine Haupt-Kreutzer, Mughtar Al Ghusain, MdL Volkmar Halbleib, Fabian Liegmann, Vorsitzender der Landkreis-SPD.

Bei einem Ortstermin am derzeitigen Ausbauende des Radweges Reichenberg–Würzburg trafen sich Mughtar Al Ghusain, Christine Haupt-Kreutzer und Volkmar Halbleib am 24. Februar mit dem Initiator Stefan Hemmerich, dem neuen Reichenberger Bürgermeister, direkt unter der großen Talbrücke der B19. Um von dort aus nach Würzburg weiter zu fahren, werden die Radfahrer derzeit über eine komplizierte Beschilderung auf eine Weiterführung oberhalb der Bahntrasse weitergeleitet. Aufgrund des schlechten Zustandes dieses Radwegs nutzen die Radfahrer größtenteils die streckenweise sehr unübersichtliche und gefährliche Staatsstraße 511. Die SPD-Politiker sind sich deswegen einig darüber, den Lückenschluss von ca. 1,5 km nach Würzburg und eine durchgehende Asphaltdecke über den gesamten Streckenverlauf von etwa 3 km anzustreben.

Dafür werden sie sich beim Zweckverband Erholungs- und Wandergebiet Würzburg einsetzen. Die SPD-Fraktion kämpft aktuell dafür, dass der für den Sommer geplante Grundsatzbeschluss im Stadtrat positiv ausfällt und die nötigen Mittel bereitgestellt werden, damit die Detailplanung aufgenommen und das Projekt realisiert werden kann.

Fristlose Betriebsratskündigungen der Firma Götz Brot KG in Waldbüttelbrunn



Die fristlose Kündigung des Betriebsratsvorsitzenden bei der Firma Götz Brot KG in Waldbüttelbrunn hat für einigen Wirbel in den Medien gesorgt. MdL Volkmar Halbleib wandte sich am 7. Mai mit einem Offenen Brief an den Geschäftsführer Wolfgang Götz: „Als örtlicher Landtagsabgeordneter bin ich besorgt und betroffen über den Umgang mit dem Betriebsratsvorsitzenden bei der Götz Brot KG. Sollte sich der Sachverhalt so darstellen, wie dies in der Berichterstattung der Main-Post vom 06.05.2014 zum Ausdruck

kommt, halte ich den Umgang mit den Vertretern der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer für völlig inakzeptabel“, so der SPD-Landtagsabgeordnete in seinem Schreiben.

Zunächst zeigte sich Wolfgang Götz via Pressemitteilung gesprächsbereit und lud alle Politiker ein, sich mit ihm an einen Tisch zu setzen. „Und dann lassen Sie uns miteinander reden“, so der Inhaber der Firma Götz Brot. Nachdem sich daraufhin die Landtagsabgeordneten Volkmar Halbleib und Georg Rosenthal sowie der Bundestagsabgeordnete Bernd Rützel bereits am 20. Mai mit einem Terminvorschlag an ihn wandten, bekamen sie jedoch eine Absage.

Eine Antwort für den Termin, der ursprünglich für den 23. Mai vorgesehen war, bekamen die Abgeordneten erst am 26. Mai – allerdings eine Absage. Er sei verreist, schrieb Götz, machte allerdings auch kein neues Terminangebot. Stattdessen verwies er darauf, dass sich die Abgeordneten über Dritte nach dem Sachstand aus seiner Sicht erkundigen könnten. „Für uns ist damit endgültig klar, dass das Gesprächsangebot von Herrn Götz zu keinem Zeitpunkt ernst gemeint war“, so Rützel: „Es war eine reine Nebelkerze!“

Zuletzt hatte sich Großbäcker Wolfgang Götz gegen den Vorwurf gewehrt, er habe ein Krisengespräch mit SPD-Abgeordneten absichtlich platzen lassen. Am 29. Mai hatte Götz über sein Pressebüro vermelden lassen, dass ein „langfristig geplanter Urlaub“ verhindert habe, den von Seiten des Bundestagsabgeordneten Bernd Rützel vorgeschlagenen Termin wahrnehmen zu können. Götz habe sich deshalb kurzfristig mit dem Waldbüttelbrunner Bürgermeister Klaus Schmidt (SPD) getroffen, „um zumindest vorab Informationen zu geben, die parteiintern weiter gegeben werden können“, wie es in der Mitteilung von Götz-Brot hieß. Der Gesprächstermin sei laut Götz keineswegs abgesagt, ein neuer Termin solle bald vereinbart werden.

Ein neuer Gesprächstermin seitens der Landtagsabgeordneten Volkmar Halbleib und Georg Rosenthal sowie dem Bundestagsabgeordneten Bernd Rützel ist nun für den 7. Juli festgelegt worden.

Einsatz für die Region

Landtag gibt 970.000 Euro für Sanierung des Schönborntors frei



Der Haushaltsausschuss des Bayerischen Landtags hat kürzlich eine erste Sanierungsmaßnahme an der Festung Marienberg beschlossen. Geplant ist die Instandsetzung des Schönborntors, durch das man von den Parkplätzen aus in den Innenhof der Festung gelangt. Die fehlende Oberflächenabdichtung in diesem Bereich verursachte erhebliche Bauschäden am Mauerwerk. Die Kosten des Projekts werden auf etwa 970.000 Euro geschätzt.

Die beiden Würzburger SPD-Landtagsabgeordneten Volkmar Halbleib und Georg Rosenthal befürworten diesen ersten Schritt, fordern aber gleichzeitig die Staatsregierung auf, nicht nur Wahlversprechen zur Festung abzugeben, sondern endlich ein durchgängiges Konzept zur Generalsanierung vorzulegen. Haushaltsausschussmitglied und SPD-Finanzexperte Halbleib bedauert, dass keine zusätzlichen Mittel im Nachtragshaushalt 2014 vorzufinden sind. „Finanzminister Söder hat seinen vollmundigen Worten leider keine Taten folgen lassen!“

MdL Georg Rosenthal: „Seit dem 2. Weltkrieg wurde keine Generalsanierung der Festung durchgeführt. Die Bausubstanz ist an vielen Stellen marode. Der stiefmütterliche Umgang mit einem der ältesten deutschen Herrschaftssitze muss nun endlich ein Ende haben.“ Gleichzeitig fordert Rosenthal, dass die Stadt Würzburg und der Bezirk Unterfranken als Träger des Mainfränkischen Museums und des Tagungszentrums unbedingt in die Verhandlungen mit einbezogen werden müssen.

Landtag genehmigt 4,5 Millionen Euro für Polizeiinspektion Ochsenfurt, MdL Halbleib: „Wichtige Standort-Entscheidung für die ganze Region!“



Bild: Die alte Polizeiinspektion in Ochsenfurt

Nach jahreslanger Diskussion und Planung hat der Haushaltsausschuss des Bayerischen Landtages in seiner vergangenen Sitzung den Weg für den Neubau der Polizeiinspektion in Ochsenfurt endgültig freigemacht. Wie der stellvertretende Vorsitzende des Haushaltsausschusses und Ochsenfurter Landtagsabgeordneter Volkmar Halbleib mitteilt, hat der Landtag mit seiner Entscheidung den Bauplan endgültig genehmigt und 4,5 Millionen Euro für die Baukosten bewilligt: „Es war ein langer Weg, bis mit der heutigen Entscheidung endgültig und unwiderruflich grünes Licht für den dringend erforderlichen Neubau der Inspektion gegeben wurde.“

Bereits seit Jahren mussten sich die Polizistinnen und Polizisten mit den unzureichenden Bedingungen und nicht akzeptablen Gebäudeverhältnissen am bisherigen Standort am Ochsenfurter Strickleinsweg herumschlagen. Vorgaben des Brandschutzes wurden nicht eingehalten, es herrschte akuter Platzmangel, Sonderräume und ein Polizeihof mit ausreichend Stellplätzen für die Dienstfahrzeuge sowie angemessene und menschenwürdige sanitäre Anlagen fehlten.

Volkmar Halbleib sieht mit der Bauentscheidung auch den dauerhaften Erhalt der Polizeiinspektion in der heutigen Stärke gesichert. Über lange Zeit hat sich in dieser Angelegenheit nichts bewegt, weshalb ein Neubau oder eine gleichwertige Gebäudelösung zwingend benötigt wurde. „Die Zustände waren nicht länger tragbar. Ich bin froh, dass der politische Einsatz und das ständige Nachbohren jetzt dazu geführt hat, dass sich das bald ändert und die Polizei endlich die notwendigen Arbeitsbedingungen bekommt, die sie für ihre wichtigen Aufgaben braucht!“, so Halbleibs Bewertung.

Halbleib und Rosenthal fordern mehr Ganztagschulen für die Region



Die beiden Landtagsabgeordneten Volkmar Halbleib (l.) und Georg Rosenthal (r.).

Die beiden unterfränkischen Landtagsabgeordneten Volkmar Halbleib und Georg Rosenthal kritisieren den schleppenden Ausbau der Ganztagsangebote an bayerischen Schulen scharf. MdL Halbleib: „Wie das Kulturministerium auf eine SPD-Anfrage hin selber zugeben muss, sind die Ausbauquoten verheerend. Allein im Landkreis Würzburg gibt es keine einzige Realschule und auch kein Gymnasium, das ein Ganztagsangebot anbieten kann. Das ist ein Armutszeugnis für unser Schulsystem!“ Auch Rosenthal ist mit der Situation in seinem Stimmkreis nicht zufrieden. „Nur inakzeptable 1,3 % der Realschüler und 2,3% der Gymnasiasten besuchen gebundene Ganztagsklassen. Bei den Mittelschulen liegen wir sogar noch unter dem bayerischen Durchschnitt. Nur 9,7% der Schüler können hier ein solches Angebot nutzen!“

Volkmar Halbleib und Georg Rosenthal bemängeln, dass es insgesamt nur ein sehr unzureichendes Flickwerk an Betreuungsangeboten an den Schulen gibt. So muss auch das Angebot an offenen Ganztagschulen und der Mittagsbetreuung intensiviert werden. In der Stadt Würzburg nehmen zum Beispiel nur 7,6 % aller Realschüler eine freiwillige Ganztagsbetreuung in Anspruch, im Landkreis Würzburg sogar nur 3,6 %. Die beiden SPD-Politiker sind sich einig: „Hier besteht dringender Verbesserungsbedarf! Jeder Schüler und jede Schülerin sollte eine Ganztagschule besuchen dürfen, wenn er oder sie möchte.“

Um diese Ziele schnell erreichen zu können, fordert die SPD-Landtagsfraktion zusätzliche Lehrstunden und multiprofessionelle Teams, also weitere pädagogische Fachkräfte wie Sozial- und Heilpädagogen und auch Förderschulpädagogen, um Schüler mit und ohne Behinderung gemeinsam unterrichten zu können. Wichtig seien auch ein kommunales Förderprogramm zur Umgestaltung der Schulhäuser und Konzepte für die Ferien- und Randzeiten. Hier müsse die Staatsregierung zusätzliche Mittel zur Verfügung stellen.

Meine Aufgaben in München

MdL Halbleib ist Vertriebenenpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion



v.l.: Reinhold Perlak, Volkmar Halbleib, Dr. Peter Becher, Waldemar Deischl, Peter Hillebrand, Christa Naaß, Albrecht Schläger.

Der Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Landtagsfraktion, Volkmar Halbleib, ist neuer vertriebenenpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion. Der 49-jährige Unterfranke aus Ochsenfurt bei Würzburg hat einen engen familiären Bezug zum Thema Vertreibung. Dieser rührt nicht zuletzt daher, dass seine Mutter in der Nähe von Tachau im Sudetenland geboren wurde und 1946 zwangsaussiedelte.

Volkmar Halbleib würdigte die immense Leistung, die die Vertriebenen beim Wiederaufbau erbracht haben: „Dass Bayerns Entwicklung ohne die Vertriebenen, namentlich die Sudetendeutschen, nicht so erfolgreich verlaufen wäre, musste ich nicht in Schulbüchern nachlesen, sondern war in meiner Heimatstadt mit Händen zu greifen.“ Er dankt seiner Amtsvorgängerin Christa Naaß: „Sie hat hervorragende Grundlagen und Vernetzungen geschaffen, auf denen ich die Arbeit nun fortführen kann. Ich freue mich, dass Christa Naaß auch weiterhin die Vertriebenenpolitik der SPD-Fraktion unterstützen will.“

Um die Bedeutung des Themas zu verdeutlichen, hat Volkmar Halbleib einen Beirat für die Belange der Vertriebenen ins Leben gerufen, dem auch Naaß angehört. „Die BayernSPD war schon immer eng mit den Anliegen der Vertriebenen und deren Schicksal verbunden. Wilhelm Hoegner, der die Sudetendeutschen offiziell als ‚4. Stamm‘ der Bayern anerkannt hat, Volkmar Gabert und Peter Glotz, Franz Maget und Renate Schmidt haben sich hier besonders engagiert. Der Beirat und ich begreifen die Vertriebenen als wichtige Brückenbauer zu unseren mittel- und südosteuropäischen Nachbarn und damit in eine gemeinsame europäische Zukunft.“

Beratung des Nachtragshaushaltes im Bayerischen Landtag am 26. März



Der parlamentarische Geschäftsführer und haushaltspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Volkmar Halbleib, kritisierte den vom Kabinett eingebrachten Nachtragshaushalt 2014 als „Dokument der Verschleierung“. Die angebliche Schuldentilgung durch die Staatsregierung sei „reine Augenwischerei“. Denn trotz einer hervorragenden konjunkturellen Lage im Freistaat und trotz Steuereinnahmen auf Rekordniveau gibt die CSU-Staatsregierung 767 Millionen Euro mehr aus, als sie einnimmt. Von einem ausgeglichenen Haushalt kann wirklich nicht die Rede sein. Das Versprechen, bis 2030 die Schulden abzubauen, werde sich so niemals erreichen lassen.

Hinzu kommt die steigende versteckte Verschuldung. Beim Straßenbau und bei der Gebäudesanierung verschiebt die Staatsregierung dringend notwendige Investitionen einfach in die Zukunft. Das gleiche gilt für Pensionsrückstellungen. Es geht hier um mindestens 700 Millionen Euro pro Jahr, die Herr Seehofer und sein Finanzminister Söder verschleiern. Diese Wahrheit steht leider nicht im Haushaltsplan. Die SPD-Landtagsfraktion stellt in den parlamentarischen Beratungen über den Entwurf des Nachtragshaushalts im Frühjahr 2014 folgende Aspekte in den Mittelpunkt der finanz- und haushaltspolitischen Debatte:

- Steuermehreinnahmen sind auch das Ergebnis von SPD-Politik!
- Haushaltsausgleich, Schuldenabbau, versteckte Verschuldung, BayernLB-Risiken: CSU setzt ihre Strategie des Tarnen, Täuschen und Tricksen fort!
- Versprechungen Seehofers und Ankündigungen Söders bleiben ohne Konsequenzen!
- Unverantwortliche Kürzungen müssen korrigiert werden!
- Schwerpunkte der SPD: Bildung, Infrastruktur, Kommunen.

Im Fokus der inhaltlichen Schwerpunkte der SPD in den Haushaltsberatungen standen die Rückgängigmachung der Streichung von 773 Lehrerstellen, eine bessere Stellenausstattung der Hochschulen, die Sanierung maroder Hochschul- und Kulturbauten, der Abbau des Sanierungsstaus an Staatsstraßen und beim Radwegebau, die Vorfinanzierung der Planungen bei Bahntrassen, die (energetische) Sanierung staatlicher Gebäude sowie Städtebauförderung, Mittel für Regional- und Strukturpolitik, Verbesserung der Vereins-, Sport- und Jugendförderung, Sonderprogramm Frei- und Hallenbäder, Kommunale Entschuldungsfonds, Sofortprogramm Barrierefreiheit, Erhöhung der Betriebskostenförderung für Kindergärten und -krippen sowie Ausbau der Kinderbetreuung in Rand- und Ferienzeiten, Jugendsozialarbeit und Blindengeld.

In seiner Rede vom 26. März im Plenum hat MdL Halbleib mit der CSU-Finanzpolitik abgerechnet:

„Wir kratzen den rosaroten Lack ab, den Sie auf den Haushaltsentwurf gesprüht haben. Wir schauen hinter die aufgehübschte Fassade.“

„Trotz günstiger Einnahmesituation schaffen es CSU, Seehofer und Söder nicht die immer wieder deklamierten finanzpolitischen Ziele zu erreichen.“

„Wir haben auch und gerade wegen Ihrer überzogenen Jubelrethorik die Aufgabe, deutlich zu machen, dass Sie sich bei vielen positiven Entwicklungen in Bayern mit fremden Federn schmücken. Da steckt ziemlich viel sozialdemokratische Politik dahinter.“

„Das Geld, Herr Finanzminister, das nehmen Sie gerne. Wie wäre es einmal mit einem dicken Dankeschön an die SPD?“

„Manchmal kommen Sie mir vor ein bisschen vor, wie der Familienvater, der die Sparschweine seiner Kinder plündert, um in der Kneipe weiter großspurig eine Lokalrunde nach der nächsten schmeißen zu können. Das ist die Haushaltspolitik, die Sie uns vorführen.“

„Jeder Drittklässler kann sich doch ausrechnen, dass die 100 Millionen Euro pro Jahr nicht ausreichen werden.“

"Es ist höchste Zeit, die versteckte Verschuldung abzubauen. Wir brauchen mehr Ehrlichkeit in der Finanzpolitik! Von Jubelnachrichten über eine nur angetäuschte Entschuldung haben die Bürger gar nichts."

„Es ist schon ein Stückweit Beihilfe zur Steuerhinterziehung, politisch gesehen, was Sie hier betreiben.“

Vorstand der SPD-Landtagsfraktion zu Besuch in Tschechien am 30. April

Die bayerisch-tschechischen Beziehungen waren lange durch die Schatten der Vergangenheit belastet, nicht zuletzt auch durch die Vertreibung der Sudetendeutschen. In den Jahren seit der Grenzöffnung ist das Verhältnis aber immer besser geworden. Auch am 30. April war ein guter Tag für die Beziehungen, denn zum ersten Mal seit seinem Amtsantritt im Januar empfing der neue tschechische Premierminister Bohuslav Sobotka in Prag die Führung der SPD-Landtagsfraktion im Rahmen eines zweitägigen Besuchs. Während dieser Zeit kamen die SPD-Parlamentarier auch mit zahlreichen weiteren Vertretern der tschechischen Politik ins Gespräch.



Der neue tschechische Premierminister Sobotka zeigt bei seinem ersten Treffen mit bayerischen Spitzenpolitikern großes Interesse an einem weiteren Ausbau der nachbarschaftlichen Beziehungen zum Freistaat. V.l.: Dr. Simone Strohmayer, Helga Schmitt-Bussinger, Markus Rinderspacher, Bohuslav Sobotka, Inge Aures und Volkmar Halbleib.



Himmliche Aussicht über Prag. V.l.: MdL Volkmar Halbleib, MdL Simone Strohmayer, Fraktionsvorsitzender der SPD-Landtagsfraktion Markus Rinderspacher und die stellvertretende Fraktionsvorsitzende der SPD-Landtagsfraktion Helga Schmitt-Bussinger.

So redete MdL Volkmar Halbleib, vertriebenenpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion mit dem sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Bohuslav Sobotka unter anderem über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in Wirtschaft und Bildung, aber auch kritische Themen wie der Schmuggel der Modedroge Crystal Meth sollten angesprochen werden. Man sei in Bayern noch unzufrieden, wie das Problem auf tschechischer Seite gesehen und angegangen werde, sagte der Pressesprecher der SPD-Fraktion, Ulrich Meyer.

Tschechien feierte kürzlich den 10. Jahrestag des EU-Beitritts vom 1. Mai 2004. Die Mitte-Links-Koalition in Prag unter Sobotka hatte nach ihrem Antritt im Januar einen stärker proeuropäischen Kurs angekündigt.

Sudentendeutscher Tag am 7. Juni

SPD-Vertriebenensprecher Volkmar Halbleib fordert zum Pfingsttreffen der Sudetendeutschen in Augsburg die Umsetzung der Vereinbarung im Koalitionsvertrag.



Stand der sozialdemokratischen Seligergemeinde beim Sudetendeutschen Tag. Von links: Dr. Helmut Eikam, Bundesvorsitzender der Seligergemeinde, Peter Wesselowsky, Altbürgermeister von Ochsenfurt, Markus Rinderspacher, Fraktionsvorsitzender im Landtag, Christa Naaß, MdL a.D., Generalsekretärin des Sudetendeutschen Tages und Frau Eikamm.

Es gebe, so der SPD-Politiker, aus Fachkreisen etliche gute Vorschläge für ein geeignetes Datum, zum Beispiel den „Weltflüchtlingstag“ der Vereinten Nationen am 20. Juni. Volkmar Halbleib: „Der Tag soll an die bitteren Erfahrungen der deutschen Vertriebenen erinnern, ohne die von den Nationalsozialisten schuldhaft zu verantwortende Vorgeschichte und das dadurch verursachte Leid unserer europäischen Nachbarn zu relativieren oder gar auszublenden. Nicht minder soll er aber auch vielen Opfern von Flucht und Vertreibung in der Gegenwart Rechnung tragen.“ Um die Festlegung eines bundesweiten Gedenkdatums zu unterstützen, hat die SPD-Landtagsfraktion in ihrem zum Sudetendeutschen Tag herausgegebenen Parlamentsbrief einen Vortrag zum Thema Vertriebenengedenktag von Prof. Kittel veröffentlicht. Dieser wurde an die Besucher des Sudetendeutschen Pfingsttreffens in Augsburg verteilt.

Volkmar Halbleib würdigte die Arbeit der Sudetendeutschen Landsmannschaft, da diese einen wichtigen Beitrag leistet, das Erbe der Erinnerung an Unrecht und Vertreibung zu bewahren und zugleich als Auftrag für gute europäische Nachbarschaft zu Tschechien zu verstehen.

Der neue vertriebenenpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Volkmar Halbleib, fordert aus Anlass des Pfingsttreffens der Sudetendeutschen am 7. Juni in Augsburg von der Bundesregierung, die von CDU/CSU und SPD im Koalitionsvertrag vereinbarte „mahrende Erinnerung“ und „weltweite Ächtung von Vertreibung“ endlich durch die offizielle Bekanntgabe eines Datums für einen bundesweiten Vertriebenengedenktag im europäischen Geist umzusetzen und diesen spätestens im kommenden Jahr zu begehen.



Anlässlich des Sudetendeutschen Tages in Augsburg nutzte der Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Landtagsfraktion, Volkmar Halbleib (l.), die Gelegenheit, die Bezirksgruppe Unterfranken bei ihrem Stand zu besuchen. Der Ochsenfurter Horst Hartel (r.), der in der Ochsenfurter und Würzburger Gruppe der Sudetendeutschen Landsmannschaft sowie auf unterfränkischer Ebene aktiv ist, betreute den Stand.

Aktuelles aus der bayerischen Landespolitik

Festakt anlässlich 95 Jahre Bamberger Verfassung am 16. Mai



Fraktionsvorsitzender Markus Rinderspacher (v.l.), Prof. Dr. Ferdinand Kramer (Institut für Bayerische Geschichte an der LMU), Landtagsvizepräsidentin Inge Aures, Bambergs Oberbürgermeister Andreas Starke und der Parlamentarische Geschäftsführer Volkmar Halbleib im Spiegelsaal auf dem Festakt der SPD-Landtagsfraktion.

Die SPD-Fraktion gedachte mit einem Festakt der „Bamberger Verfassung“, die vor 95 Jahren, nach den Schrecken des Ersten Weltkrieges und dem Ende der Monarchie, die Demokratie im Freistaat begründete. Am historischen Ort im Spiegelsaal der Harmonie am Schillerplatz in Bamberg wird die Bedeutung für Bayerns Weg zur heutigen parlamentarischen Demokratie beleuchtet und gewürdigt. MdL Halbleib betrachtet es als große Aufgabe, die Verfassungsvorgaben damals wie heute in die Wirklichkeit zu übersetzen. Dazu gehöre vor allem die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Bayern. Er sprach sich für mehr Dezentralität und mehr Eigenverantwortung der Regionen aus.

Der Bayerische Landtag tagte seit 15. Mai 1919 in Bamberg, am 14. August wurde die erste demokratische Verfassung des Freistaats verabschiedet. Über 150 Gäste aus Politik und Gesellschaft nahmen am Festakt der SPD-Landtagsfraktion mit dem Bamberger Oberbürgermeister Andreas Starke und Professor Ferdinand Kramer vom Institut für Bayerische Geschichte an der Ludwig-Maximilians-Universität München am 16. Mai teil.

MdL Volkmar Halbleib erfolgreicher Kläger gegen Regierung Seehofer

Ein Paukenschlag, der mit Donnerhall die Rechte des Parlaments stärkt! Der Bayerische Verfassungsgerichtshof gab am 22. Mai der SPD-Klage statt, alle Details der Verwandtschaftsaffäre innerhalb des Kabinetts Seehofer offen zu legen.

Die SPD-Politiker forderten, dass in der Affäre weitere Details wie Bruttogehälter, Jahresprämien und genaue Aufgabenbeschreibungen für die beschäftigten Verwandten von CSU-Politikern veröffentlicht werden. „Das Ergebnis könnte sein, dass die in die Affäre verstrickten Minister komplett alles offenlegen müssten“, so der SPD-Fraktionsvorsitzende Rinderspacher. Die Öffentlichkeit habe



Freude über das Urteil beim Fraktionsvorsitzenden Markus Rinderspacher und der Vizepräsidentin des Landtags Inge Aures.

ein Recht darauf zu erfahren, inwieweit Regierungsmitglieder Familienangehörige beschäftigt und auf Staatskosten bezahlt haben.

Auch MdL Volkmar Halbleib, der selbst als Kläger am Prozess beteiligt war, zeigt sich überaus erfreut über die Tatsache, dass alle parlamentarischen Anfragen nun vollumfänglich beantwortet werden müssen: „Wir haben die CSU mit dem Verfassungsgerichtsurteil in die Knie gezwungen und haben so unsere Forderungen nach mehr Transparenz in der Landespolitik durchgebracht!“

Die Positionierung der SPD zur gymnasialen Oberstufe (G8/G9)



MdL Volkmar Halbleib (l.) zusammen mit MdL Martin Güll (r.), dem Vorsitzenden des Ausschusses für Bildung und Kultus.

Die SPD gehörte wie alle Lehrer-, Eltern- und Schülervertreter in den Jahren 2004 und folgende zu den Kritikern der Verkürzung der Schulzeit, zumal der damalige Ministerpräsident Stoiber und die Kultusministerin Hohlmeier diese Umstellung über Nacht und ohne erkennbares Konzept vollzog.

Aufgrund der politischen Mehrheiten und leidlichen Akzeptanz der Verbände stand eine Änderung der Laufzeit des Gymnasiums bis in die Mitte der vergangenen Landtagslegislatur nicht an vorderer Stelle der bildungspolitischen Agenda. Die anhaltende Kritik am G8 auch nach zehn Jahren und Durchlauf von mehreren Abiturjahrgängen brachte vor allem die Frage nach einer Rückkehr zu einer längeren Gymnasialzeit wieder in den Fokus.

Leider war das Ergebnis der letzten Landtagswahl nicht so, dass die SPD in Regierungshandeln kam und ihr Konzept umsetzen hätte können. Trotz Wahlsieg der G8-Verfechter (CSU) beruhigte sich die Lage an den Gymnasien nicht. Vielmehr vermeiden zunehmend Eltern das G8, obwohl ihre Kinder eine Eignung für das Gymnasium haben.

Immer mehr Umfragen machten deutlich (z.B. 2. Jako-O-Studie im Januar 2012), dass die übergroße Zahl der Eltern (84 % in Bayern) und auch Lehrer, neuerdings auch der Schüler zur neunjährigen Variante zurückkehren wollen, weil sie eine grundlegende Änderung der G8-Struktur nicht mehr für möglich halten. Selbst der Bayerische Philologenverband, der BLLV, Lehrpersonalräte, Schülervertretungen und auch Elternvertreter forderten ein klares Zurück zur neunjährigen Variante, nicht aber zum alten G9.

Die SPD-Landtagsfraktion führte nach der Wahl noch im Herbst diverse Fachgespräche mit den Vertretern der Schulfamilie, in denen klar wurde, dass das Wahlrecht nicht für eine realistische Option gesehen wird, zumal es in Bayern nahezu kaum gebundene Ganztagsangebote in Gymnasien gibt. Der Tenor war ganz klar: Die Regelform soll eine entschleunigte um ein Jahr gestreckte Version, also G9, sein, die Beschleunigung, also Verkürzung soll die Ausnahme sein.

Was ist das Ziel der SPD?

Unser Ziel ist ein modernes G9. Damit ist gemeint, dass im Gesetz wieder im Art. 9 die Regellaufzeit 9 Jahre festgelegt wird und etwaige schnellere Wege die Ausnahme sind. Vorstellbar wäre hier eine flexible Oberstufe von zwei oder drei Jahren (Abitur im eigenen Takt in Anlehnung an Finnland) oder auch begleitetes Überspringen, wie es der Philologenverband vorschlägt. In jedem Fall soll ein ergebnisoffener Prozess herausarbeiten, welche Grundpfeiler ein modernes, zukunftsweisendes Gymnasium haben soll.

Warum unterstützt eigentlich die SPD das Volksbegehren der FW nicht?

Nach den Vorstellungen der FW entscheidet das jeweilige Schulforum über die Dauer des Gymnasiums. Beide Varianten, sowohl G8 als auch G9, sind also als grundlegende Struktur möglich, unabhängig vom Ganztag oder einer inhaltlichen Veränderung. In der Umsetzung erwarten alle Schulexperten große Schwierigkeiten, zumal im ländlichen Raum mit ohnehin kleineren Gymnasien.

Mit der Positionierung der SPD in Richtung modernes G9 ist eine Unterstützung nicht vereinbar, weil im Gesetz künftig wieder 9 Jahre als Regelvariante stehen sollen. Damit ist die Beschleunigung, also Verkürzung der gymnasialen Schulzeit wieder die Ausnahme und nicht umgekehrt.

Wie geht es weiter?

Folgerichtig wird zunächst im Landtag auf der politischen Ebene zu entscheiden sein, welche zeitliche Grundstruktur das bayerische Gymnasium haben soll: 8 oder 9 Jahre. Deshalb wird die SPD-Landtagsfraktion einen diesbezüglichen Gesetzentwurf einbringen.

Das Problem ist aber erst dann gelöst, wenn es eine konsensuale Lösung für die Gestaltung des Gymnasiums gibt. Die SPD schlägt deshalb vor, über die inhaltliche Ausgestaltung des neuen G9 unter Einbeziehung der Schulfamilie und aller Fraktionen im Landtag zu verhandeln. Nur so kehrt wieder Ruhe ins Gymnasium ein.

Neues aus meinem Bürgerbüro

Niyazi sagt Ade!



Am 31. März hatte Niyazi seinen letzten offiziellen Arbeitstag im SPD-Bürgerbüro. Niyazi war drei Jahre lang Mitglied des Teams in meinem Abgeordnetenbüro in der Semmelstraße. Seine Schwerpunkte waren es, sich um die Bürgeranliegen zu kümmern sowie das Archiv zu betreuen. Mit seiner Kompetenz, seiner ruhigen und freundschaftlichen Art war er aber nicht nur ein hervorragender Mitarbeiter für mich, sondern auch geschätzter Ansprechpartner für Bürgerinnen und Bürger. Aus familiären Gründen hat es Niyazi nun nach Baden-Württemberg gezogen. Ich freue mich, dass ich bei der Hochzeitsfeier eingeladen war, es war ein schönes Fest. Für die Zukunft wünsche ich Dir und deiner Frau von ganzem Herzen alles Gute!

Julia sagt Hallo!



Die Nachfolge von Niyazi hat ab dem 1. April Julia Steinbichl angetreten. Seitdem ist Julia zuständig für die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, für meine inhaltliche Unterstützung sowie für die Betreuung des Archivs und der Bürgeranliegen. Julia machte im vergangenen Jahr ihren Abschluss an der Universität Würzburg in den Fächern Germanistik und Politik/Soziologie und wird ihre dadurch erworbenen Kenntnisse sicher auch sehr gewinnbringend in ihre Arbeit innerhalb meines Abgeordnetenbüros einbringen. Außerdem kommen ihr dabei sicherlich auch die vielen Erfahrungen zugute, die sie bislang durch ihr Engagement im Bundestags- und Kommunalwahlkampf gesammelt hat.

Aufgemerkt: Infos, Termine, Veranstaltungshinweise

Sa, 28.06., 10:00 Uhr, Eibelstadt: Parteitag der LandkreisSPD mit Neuwahlen
Schützenheim, Schützenring 7, Eibelstaadt

Sa, 05.07., 10:00 Uhr, Würzburg-Heidingsfeld: Bezirksparteitag mit Neuwahlen
Radlersaal, Seegartenweg 3, Würzburg-Heidingsfeld

So, 06.07., Tag der Franken in Ochsenfurt

Mi, 23.07., 19:30 Uhr, Würzburg: Neumitgliedertreffen der SPD Würzburg Stadt und Land
Hannsheinze-Bauer-Haus, Semmelstraße 46 R, Würzburg

Mi, 23.07., 19:00 Uhr, Mainstockheim: Kreisparteitag der SPD Kitzingen

So, 24.08., 14:00 Uhr, Würzburg: Zwiebelkirchweih
Hannsheinze-Bauer-Haus, Semmelstraße 46 R, Würzburg
Live-Musik, kühle Getränke und Heißes vom Grill in der Semmelstraße 46, Würzburg

Volkmar Halbleib auf facebook

Aktuelle Pressemitteilungen, Bilder und Informationen gibt es nicht nur auf meiner Homepage, sondern auch im sozialen Netzwerk unter „Volkmar Halbleib“



Mein Bürgerbüro

Semmelstr. 46R
97070 Würzburg
Tel.: 0931/59384
Fax: 0931/53030
Mail: volkmar.halbleib@bayernspd-landtag.de
Bürozeiten: Montag bis Freitag, 10-16 Uhr
www.volkmar-halbleib.de

Mein Team

Martin Bielawski, Organisation
Julia Steinbichl, Pressearbeit / Bürgeranliegen
Sebastian Klein, Abgeordnetenschreiben

Impressum

Herausgeber: MdL Volkmar Halbleib, Abgeordnetenbüro, Semmelstr. 46R, 97070 Würzburg
Redaktion: Martin Bielawski, Julia Steinbichl